

Thorsten Frei bezeichnet die Grünen als „abgehoben und realitätsfern“

Politik Heftige Debatte um die von der grünen Verkehrssenatorin propagierte Verbannung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor aus der Hauptstadt hat auch Relevanz für Bedürfnisse dieser Region. *Von Ralf Trautwein*

Im Bundestag repräsentiert Thorsten Frei als CDU-Wahlkreisabgeordneter auch Villingen-Schwenningen, eine Stadt, in der der Klimanotstand ausgerufen wurde. Und findet im Zuge einer aktuellen Umweltdebatte klare Worte: „Ein Verbrenner-Verbot in Innenstädten ist realitätsfremd und arrogant!“ Das ist eine verbale Breitseite des Unions-Vize gegen die Grünen, die vorgeschlagen haben, Berlin und Potsdam ab 2030 für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren zu sperren.

Keine Alternativen?

Die Bundeshauptstadt ist weit weg von VS, doch ist klar: Eine entsprechende Regelung hätte Vorbildcharakter – auch für den ländlichen Raum.

„Der Vorschlag der Grünen, Verbrennungsmotoren aus ganzen Städten zu verbannen, zeigt einmal mehr wie abgehoben und realitätsfern die Partei ist. Außer ideologisch getriebenen Verboten fällt der Öko-Partei nichts ein“, schimpft Thorsten Frei. „Solche Vorschläge gehen am Leben von 90 Prozent der Menschen und Unternehmen in Deutschland und zu 100 Prozent an den Bedürfnissen unserer Region vorbei.“

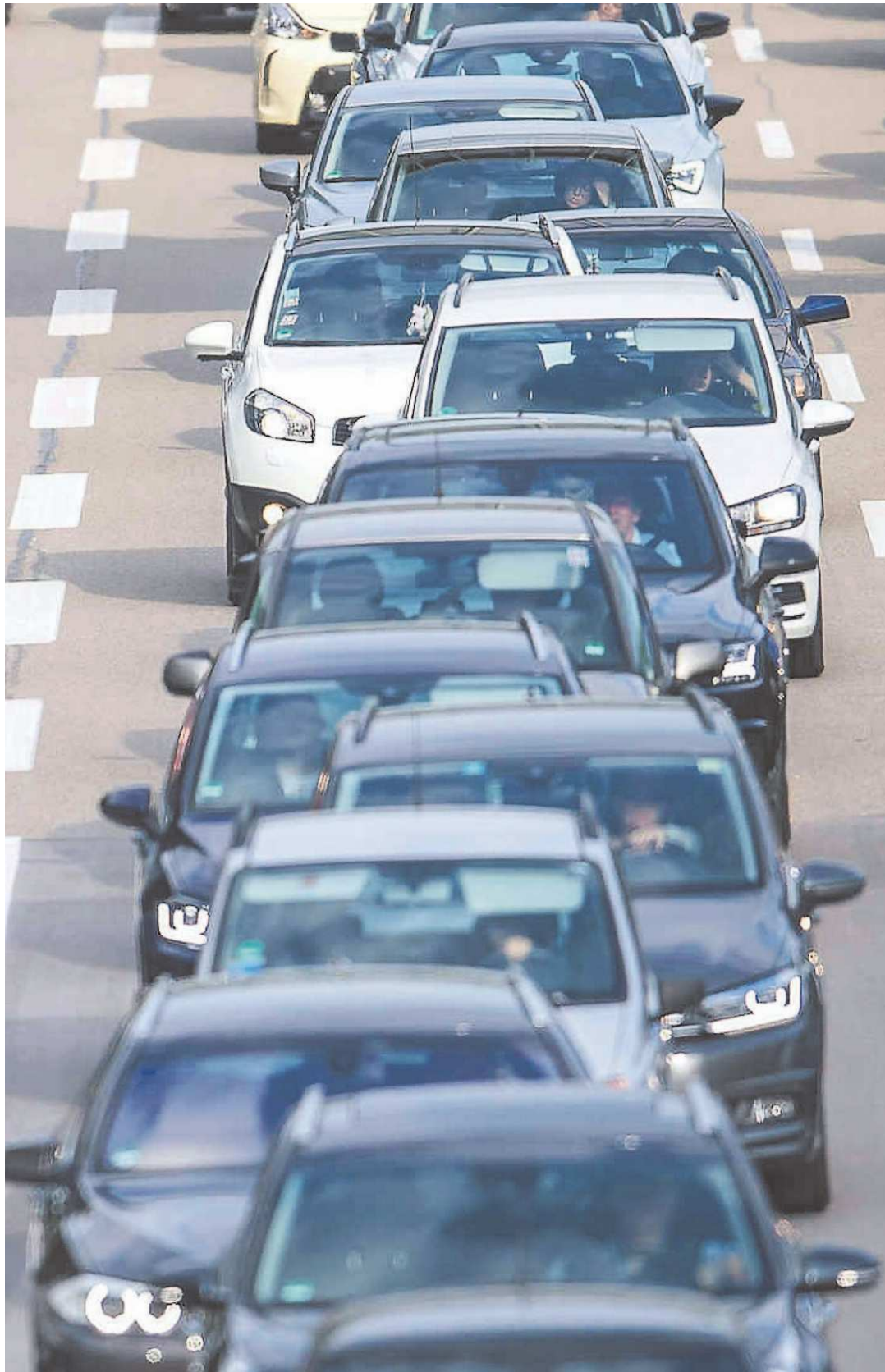
„Solche Vorschläge gehen am Leben von 90 Prozent der Menschen vorbei.“

Thorsten Frei

Unionsfraktions-Vize im Bundestag

Solange es keine tragfähigen Alternativen gebe, seien solche Vorschläge und Verbote sinnlos. „Gerade in Berlin ist eine Stärkung des Bahnnetzes aufgrund der bestehenden Infrastruktur und zu erwartender grüner Einwände kaum realisierbar.“ Der Umstieg auf teure Elektroautos sei „absehbar nur für wohlhabende Menschen und gut laufende Unternehmen zu stemmen“.

Der Vorstoß der grünen Verkehrssenatorin Regine Günther, die mit Diesel und Benzin betriebene Autos ab 2030 aus der Innenstadt und ab 2035 sogar komplett aus Berlin verbannen will, hat nicht nur den Abgeordneten aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis auf die Barrikaden gebracht, sondern Kritik auf breiter Linie hervorgerufen. Auch Grünen-Koalitionspartner SPD und FDP positionierten sich eindeutig gegen die Pläne der Verkehrssenatorin. Nur die Linken sind für ihren Vorschlag. In Berlin selbst



Aktuell sorgen politische Debatten um die Zukunft des Verbrennungsmotors für viel Aufregung. Thorsten Frei tritt hier für die Interessen dieser Region ein. *Foto: NQ-Archiv*

ist der Vorstoß Regine Günthers der Aufreger schlechthin. Für die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus übte Oliver Friederici scharfe Kritik: „Fahrverbote bereits ab 2030 kann nur einer fordern, der die Berliner Wirklichkeit nur aus dem Dienstwagen kennt“, erklärte der verkehrspol-

itische Sprecher seiner Fraktion. Er kritisiert, dass Busse und Bahnen in der Hauptstadt überlastet seien.

Auch in Villingen-Schwenningen war in der Vergangenheit viel über den Busverkehr geklagt worden. Im Herbst wurde nun ein neues Konzept umgesetzt, das

Verbesserungen bringen sollte. Dennoch sind die Möglichkeiten, im und ums Oberzentrum herum von A nach B zu kommen, mit denen in der Hauptstadt nicht im Ansatz zu vergleichen. Was Klimaschützer nicht davon abhält, nach Konsequenzen aus der Erklärung des Klimanotstands in

VS zu fragen. Dabei zielen der Bund für Umwelt- und Naturschutz Villingen-Schwenningen und die Kreisgruppe Schwarzwald-Baar Naturschutzbund, kurz: Nabu, freilich in erster Linie auf die Erzeugung erneuerbarer Energien und einen Baustopp für Einfamilienhäuser ab.

OB griff das Thema auf

Die Diskussion um die „richtige“ Antriebstechnik für Fahrzeuge ist vor Ort seit der Neujahrsansprache des Oberbürgermeisters. Mit deutlichen Worten bezeichnete Jürgen Roth (CDU) den politisch propagierten E-Antrieb als Gefahr für industrielle Arbeitsplätze im Südwesten und machte deutlich, dass die Stadt keine Flotte mit Elektroautos aufbauen werde.

Tatsächlich wird das Für und Wider von Elektroautos zunehmend kontrovers diskutiert: Mit Ökostrom betriebenen ist der E-Antrieb an Effizienz kaum zu überbieten. Doch in der Herstellung emittiert ein E-Auto durch die Batterieherstellung mehr CO₂ als ein klassischer Pkw.

Auch sind die Reichweiten, Ladezeiten und -möglichkeiten sowie nicht zuletzt die Preise für viele noch nicht praxistauglich. Selbst wenn ab heute nur noch reine E-Autos verkauft würden, dauerte es rund 20 Jahre, bis der gesamte Pkw-Bestand elektrisch unterwegs ist. In der Praxis ist eher mit 30 bis 40 Jahren zu rechnen, meinen Branchenexperten. Weitere Probleme aus deutscher Sicht: Technologisch hinkt die deutsche Industrie asiatischen Batterieherstellern meilenweit hinterher. Und auch im Bereich E-Motoren stellt sich die erste Frage nach der Konkurrenzfähigkeit deutscher Firmen am Weltmarkt.

Sparsamer und effizienter

„Wir werden Benziner und Diesel noch eine ganze Weile brauchen, und deshalb sollten wir alles technisch Mögliche unternehmen, um sie noch sparsamer und effizienter zu konstruieren“, meint Thorsten Frei. „Davon profitiert neben unserer Umwelt am Ende auch unsere Volkswirtschaft.“ Statt zu spalten, sollten die Grünen mehr auf Ausgleich setzen, meint er – „So, wie dies mittlerweile sogar von Greenpeace-Mitbegründer und Klimaprofessor Michael Baumgart gesehen wird.“ Für den Abgeordneten ist klar: „Solche dogmatischen Vorschläge taugen auch in 20 Jahren nicht für Deutschland. Und ganz sicher darf unsere Hauptstadt kein Versuchslabor für Ideologen sein.“